

Ercheinungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Zeile 50 Pf., Familienanzeigen 35 Pf., Reklamen 200 Pf. x Schlusssatz. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%.

Dienstag, den 30. Oktober 1923.

Bezugpreis: In der Stadt mit Zehrlohn 230000000 Pf., wöchentlich. Postbezugpreis 230000000 Pf., ohne Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Der Konflikt der Reichsregierung mit der sächsischen Regierung ist auf dem Höhepunkt angelangt. Der Reichspräsident hat eine Verordnung erlassen, wonach die Reichsregierung ermächtigt wird, die sächsischen Minister ihres Amtes zu entheben. Von dieser Ermächtigung hat die Reichsregierung Gebrauch gemacht, hat die sächsischen Minister ihres Amtes entheben lassen und durch den sächsischen Reichswehroberbefehlshaber die Ministerien schließen lassen. Auch der sächsische Landtag wurde geschlossen. Es wurde außerdem ein Reichskommissar für Sachsen, der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Dr. Heinze, ernannt, der die Aufgabe hat, eine verfassungstreue Regierung in Sachsen vorzubereiten. Die Maßnahme, die natürlich den allererschwersten Eingriff in die Souveränität eines Einzelstaats bedeutet, hat in sozialdemokratischen Kreisen große Erregung ausgelöst, sodaß eine starke Strömung für den Austritt der Sozialdemokraten aus der Reichsregierung eingeseht hat, weil man in diesen Kreisen die Ansicht vertritt, daß eine ungleiche Behandlung Sachsens und Bayerns vorliege, die von sozialdemokratischer Seite nicht mehr mitgemacht werden dürfe. Andererseits wird auf Vermeidung jeder Sonderaktion gesehen. Der sozialdemokratische Reichsinnenminister hat das Vorgehen der Reichsregierung gegen Sachsen mit Vorgängen im Innern des Reichs begründet, über die noch nicht gesprochen werden könne. Wahrscheinlich handelt es sich aber um die Haltung Bayerns, von wo aus man einen Putsch befürchtet, der zum Angriff auf Sachsen führen könnte.

In München betrachtet man die Note der Reichsregierung nicht als Ultimatum. Man will über die Antwort im Laufe des heutigen Tages beraten. Fällt sie ablehnend aus, so sind die Folgen unabsehbar.

Die Verhandlungen der Ruhrindustriellen mit den Franzosen scheinen soweit gediehen zu sein, daß an eine Einigung gedacht werden kann. Die Franzosen wollen Zugeständnisse bezüglich der Kohlensteuer machen, und auch einen Teil der Lagerbestände zur Verfügung stellen.

Von Amerika kommen einmal wieder Sirenenklänge. Man spricht von einer Anleihe für Deutschland zu Zwecken der Stabilisierung der Währung und des Einkaufs von Lebensmitteln, selbstverständlich erst nach Regelung der Reparationsfrage, und darauf können wir noch ein Weilchen warten.

Das Reich, Sachsen und Bayern.

Absetzung der sächsischen Regierung.

Eine Verordnung des Reichspräsidenten zur Absetzung der sächsischen Regierung.
Berlin, 29. Okt. Der Reichspräsident hat nachstehende Verordnung erlassen: Auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Freistaats Sachsen folgendes: § 1. Der Reichskanzler wird ermächtigt, für die Dauer der Geltung dieser Verordnung Mitglieder der sächsischen Landesregierung und der sächsischen Landes- und Gemeindebehörden ihrer Stellung zu entheben und andere Personen mit der Führung der Dienstgeschäfte zu betrauen. Auf Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit findet die Vorschrift keine Anwendung. Die Verordnung betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet nötigen Maßnahmen vom 26. September 1923 (Reichsgesetzbl. I Seite 905) bleibt im übrigen unberührt. § 2. Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Dresden, 29. Okt. Die Nachrichtenstelle der sächsischen Staatskanzlei teilt amtlich mit: Die sächsischen Minister haben heute mittag je eine Verordnung des neuernannten Reichskommissars erhalten, wonach sie ihres Amtes entlassen sind. Die sächsische Regierung wird gegen diesen Akt bei der Reichsregierung Protest erheben und die sofortige Einberufung des Reichstages fordern. Außerdem wird sie eine Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der Länder betreiben.

Dresden, 30. Okt. Gestern nachmittag haben Reichswehrruppen die öffentlichen Gebäude, die Ministerial- und das Landtagsgebäude besetzt. Der Wehrrückkommandeur, Generalleutnant Müller erläßt folgende Bekanntmachung:

„Unter Aufhebung der bisher über das Versammlungsrecht von mir erlassenen Verordnungen bestimme ich: Politische Versammlungen jeder Art sind im Freistaat Sachsen bis zur anderweitigen Regelung verboten. Zuwiderhandlungen unterliegen der in Ziffer 7 meiner Verordnung vom 27. September angeführten Strafandrohung.“

Dresden, 30. Okt. Der Reichskommissar für den Freistaat Sachsen, Reichsminister a. D. Dr. Heinze, erläßt einen Aufruf an die sächsische Bevölkerung, in dem er es als seine Hauptaufgabe bezeichnet, zusammen mit dem Militärbefehlshaber des Wehrtreises IV die Ordnung und Sicherheit im Lande wiederherzustellen, für die Ernährung der Bevölkerung zu sorgen und die Bildung einer neuen Regierung auf parlamentarischer Grundlage zu fördern. Von der Beamtenschaft erwartet er, daß sie getreu ihren Amtspflichten nachkommt.

Berlin, 30. Okt. Gegenüber Gerüchten, wonach bei der gestrigen Besetzung des Ministerialgebäudes in Dresden durch die Reichswehr Dr. Zeigner und andere Minister unter Anwendung brutaler Gewalt aus ihren Amtszimmern vertrieben worden seien, stellt ein amtlicher Bericht fest, daß die Minister dem höflichen Ersuchen, das Ministerialgebäude zu verlassen, ohne weiteres entsprachen. Lediglich der kommunistische Minister Böttcher erklärte, daß er nur der Gewalt weiche. Er wurde von einem Offizier bis an den Ausgang des Regierungsgebäudes geleitet, doch fand auch hierbei keine Gewaltanwendung statt.

Berlin, 30. Okt. Wie die Blätter melden, trat gestern abend das Reichskabinett zu einer Sitzung zusammen, um sich mit der Lage in Sachsen zu beschäftigen. Wie der „Vorwärts“ meldet, protestierten die Sozialdemokraten gegen das Vorgehen des Reichskommissars Dr. Heinze und des Generals Müller. Eine weitere Entscheidung würden die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder im Einverständnis mit den Parteiführern treffen. Wie die Blätter hören, haben sich der demokratische Reichstagsabgeordnete Fischer und die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Wels und Dittmann nach Dresden begeben, um dort mit ihren sächsischen Parteifreunden wegen der Regierungsbildung in Sachsen zu verhandeln. Die Blätter hoffen, daß ihnen ihr Vermittlungswerk gelingen wird. Wie das „Berliner Tageblatt“ erfährt, ist das Hauptaugenmerk des Reichskommissars Dr. Heinze in Sachsen darauf gerichtet, sobald wie möglich den Zusammentritt des sächsischen Landtages zu erwirken. Das Verbot des Landtagszusammentrittes bestehe nur solange, als die Regierung Zeigner am Ruder sei. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ aus Dresden haben die Spitzenorganisationen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Afabundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, sowie die Parteioorganisationen der V.S.P.D. und der A.P.D. für Sachsen in einer gemeinsamen Sitzung ab heute früh einen dreitägigen Generalstreik für ganz Sachsen beschlossene.

Auch der sächsische Landtag gesperrt.

Dresden, 29. Okt. Das Wehrrückkommando erläßt folgende Bekanntmachung vom 29. Oktober: In Ausübung der vollziehenden Gewalt verordne ich: Bis zur Einberufung des Landtags durch den vom Herrn Reichskanzler ernannten Reichskommissar findet ein Zusammentritt des Landtags nicht statt.

Der Militärbefehlshaber (gez.): Müller, Generalleutn. Schwere Zusammenstöße mit der Reichswehr in Freiberg.

Dresden, 29. Okt. Zu den bereits mitgeteilten ersten Straßenkämpfen in Freiberg wird noch berichtet: Nach den endgültigen Feststellungen sind bei der Reichswehr zwei Mann schwer, einer leicht verletzt worden. Von den Aufständern und Mitläufern sind 23 tot, 31 Verwundete wurden ins Krankenhaus eingeliefert. Es wurde festgestellt, daß bei den Vorgängen am Nachmittag des 27. Oktober die angreifende Menge durchaus planmäßig vorgegangen ist. Ueber das Verhalten der Reichswehr bestätigen durchaus sachliche Beobachtungen, daß sie in ihrer Zurückhaltung trotz wüster Beschimpfungen durch die Menge bis zum äußersten gegangen ist.

Dresden, 27. Okt. Das Reichswehrkommando IV teilt mit: In Freiberg ist es heute zu ersten Zusammenstößen zwischen der Reichswehr und radikalen Elementen gekommen. Im Laufe des frühen Nachmittags wurde auf Anforderung der Polizei die Reichswehr auf 2 Lastkraftwagen in die Stadt entsandt, um Ansammlungen zu zerstreuen und Hausdurchsuchungen vorzunehmen. Um 4 Uhr nachmittags erbat der Polizeidirektor militärische Hilfe, da vier Reichswehrsoldaten im Postamt begrängt wur-

den. Die Reichswehr säuberte den Postplatz, befreite die vier bedrängten Reichswehrsoldaten, wurde dann aber von der Menge mit Steinen beworfen und mit Pistolen beschossen. Vier Soldaten wurden verwundet, darunter zwei schwer. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten wurden 12 bis 13 Unruhestifter erschossen und gegen 20 verwundet. Es wurde hierauf eine Kompanie in die Stadt entsandt, um die in den Straßen immer größer werdenden Ansammlungen zu zerstreuen und die Ordnung wieder herzustellen.

Der Reichsinnenminister zur Haltung der Reichsregierung gegenüber Bayern und Sachsen.

Köln, 30. Okt. Der Reichsminister des Innern, Sohlmann, hat der sozialdemokratischen „Mitteldeutschen Zeitung“ einen Artikel zur Verfügung gestellt, in dem es u. a. heißt: Seit Samstag ist die innerdeutsche Krise, die sich seit Monaten hinschleppt, in einen entscheidenden Abschnitt eingetreten. Sowohl in Bayern wie in Sachsen sind die Verhältnisse unerträglich geworden. In beiden Ländern sind Strömungen mächtig, die einem Konflikt mit dem Reich nicht aus dem Wege gehen wollen. Obwohl die sozialistischen Reichsminister natürlich genau wissen, daß alle überzeugten Republikaner die schwer bewaffnete Reaktion in Bayern für die weit gefährlichere halten als die schwärmerischen Kommunisten in Sachsen, und obwohl des Reiches Ohnmacht gegen München peinlich in Erscheinung tritt, haben die sozialistischen Reichsminister eine entschiedene Klärung der politischen Zustände in Sachsen wie in Bayern verlangt. Wenn in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen konnte, als ob beide Länder ungleich behandelt würden, so liegt die Ursache in zwingenden Tatsachen, worüber man als Minister sich im Augenblick nicht öffentlich äußern kann. Nun aber ist durch die Ueberreichung der Verbalnote des Reichskanzlers in München auch gegenüber Bayern eine klare Linie geschaffen. Bayern hat nun das Wort. Seine Entscheidung kann eine Bedeutung haben, die Brücken schlägt oder Abgründe aufreißt. Wir müssen der Möglichkeit, daß eine Gegenrevolution von Bayern nach Norddeutschland vorgetragen wird, und zwar möglicherweise unter weißem Terror, klar ins Auge schauen. In einer solchen Stunde könnte eine feste, republikanische Regierung in Sachsen ein mächtiges Bollwerk für die Verfassung sein. Die kommunistischen Führer in Sachsen, denen viele Arbeiter ahnungslos folgen, kompromittieren die ganze Sozialdemokratie. Ihnen allein ist es zu danken, daß der Einmarsch der Reichswehr in Sachsen nicht mehr zu verhindern war. Jedem Bündnisgedanken höhnisch, ziehen die kommunistischen Minister durch das Land und fordern zum bewaffneten Kampf gegen die Reichsregierung und die Reichsgewalt auf. Wenn der fortschrittlich und freiheitlich denkende Teil des Bürgertums und der Intelligenz nicht in die Reihen der Reaktion getrieben werden soll, müssen sich unsere sächsischen Genossen von den unmöglichen, kommunistischen Kampfgedanken trennen, denn in Bayern, in Sachsen und am Rhein können im Laufe dieser Woche geschichtliche Entscheidungen von größter Tragweite sich vollziehen. (!)

Bayern faßt die Note der Reichsregierung nicht als Ultimatum auf.

München, 29. Okt. Von Regierungsseite wird die Mitteilung der Reichsregierung vom 27. Oktober nicht als Ultimatum aufgefaßt. Man ist der Auffassung, daß auch die Reichsregierung die Mitteilung nicht als solche aufgefaßt wissen will. Zur Zeit weilt der Gesandte v. Preger in München zur mündlichen Berichtserstattung. Der Ministerrat, der für Montag angefaßt war, findet morgen statt. Die bayerische Staatsregierung wird voraussichtlich morgen zur ganzen Angelegenheit Stellung nehmen.

Verbote sozialdemokratischer Zeitungen in Bayern.

Berlin, 30. Okt. Einer Blättermeldung aus München zufolge hat der Generalstaatskommissar die sozialdemokratische „Münchener Post“ bis auf weiteres verboten. Begründet wird das Verbot mit einer Veröffentlichung des Blattes über die Judenaustragung aus Bayern u. einem politischen Kommentar zur Note der Reichsregierung an Bayern, worin darauf hingewiesen wird, daß der Widerstand Bayerns nicht weniger gefährlich für die Einheit des Reiches sei, als der sächsische. Auch das Hauptorgan der Sozialdemokraten in Schwaben-Neuburg, die in Augsburg erscheinende „Schwäbische Volkszeitung“, ist ohne nähere Gründe auf 8 Tage verboten worden.

Neckar...
Werte...
000, Deutsche...
000), Knorr...
Mittel...
schleppschiffahrt...
ips + 500 000...
rt + 13 Mil...
heblische Kurs...

in Millio...
und Most...
birnen 360...
360-480...
180-240...
eln 240 bis...
das Pfund...
Blumentohl...
8-72 (ver...
2160 das...
vorlagen...
16, Marga...
ett 12,5-13...
ett 14, Rin...
terkerfäse 2...
2,4; Rahm...
den die 100...
bert 12 Mil...
Reis 4-5...
Bohnen 5...
Pfund, Doje...

arkt.) Dem...
Farren, 36...
Abinnen, 121...
rig 60 Gold...
jährig 4 Bil...
markt, Milch...
Bieh war der...

arkt.) Die...
er, 1,5 Str...
10-165 Mil...
nd für Gerste...

n. Galt...
Calw...

000...

Martha...
Söselmann...

ch, den 31. t...

ngholz...

emeinberat...

haarpflege...
ehlt echtes...
haarwasser...
Otto Bincon...

SCHE...
CALW...

n...
ten...

Die Ruhr- und Reparationsfrage.

Rheinland und Ruhrgebiet fest im Kampf gegen die Verwelschung.

Berlin, 29. Okt. Aus allen Teilen des besetzten Gebietes bei der Reichsregierung einlaufende Nachrichten beweisen, daß die eingeseffene Bevölkerung der Rheinlande und des Ruhrgebietes dem hochverräterischen, von landfremden Elementen angezettelten Separatistenputsch mit verschwindenden Ausnahmen völlig ablehnend gegenübersteht. Der Separatistenputsch ist damit trotz der gewalttätigen Inbesitznahme einiger öffentlichen Gebäude von vornherein zum Scheitern verurteilt. Mit bezähmtem Gefindel läßt sich kein Staat gründen. Die verzweifeltsten Anstrengungen der Separatisten und ihrer Helfer, die Bevölkerung durch Einschüchterung und falsche Nachrichten zu beeinflussen, vermögen daran nichts zu ändern. Die Reichsregierung zollt der standhaften Bevölkerung des besetzten Gebietes vollste Anerkennung. Sie zeigt, daß das besetzte Gebiet sich durch nichts vom Vaterland trennen läßt und ihm auch weiterhin die Treue hält. Das feste Verharren bei Reich und Ländern ist und bleibt die stärkste Stütze in dem gerechten Kampf an Rhein und Ruhr für das Deutschum und gegen die Verwelschung.

Bevorstehende Einigung zwischen den Ruhrindustriellen und den Franzosen?

Paris, 29. Okt. Ueber die Verhandlungen zwischen den Ruhrindustriellen und der Ingenieurkommission berichtet Havas aus Düsseldorf, die Verhandlungen würden in Düsseldorf fortgesetzt und man könne erwarten, daß es in dieser Woche zum Abschluß wichtiger Abmachungen kommen werde, durch die sich die Zahl derjenigen Gruben und Fabrikbesitzer, die bereit seien, die Reparationsleistungen wieder aufzunehmen, von 27 Prozent auf 90 Prozent erhöhen würde. — Aus der Havasmeldung ergibt sich, daß die Ansprüche der Besatzungsbehörden hinsichtlich der Zahlung der Kohlensteuer ermäßigt worden sind. Außerdem würden den Industriellen gewisse Fristen für die Zahlung der rückständigen Steuern gewährt werden, um nicht die augenblickliche Finanzlage noch mehr zu komplizieren, und ihnen die nötige Zeit zu lassen, Kredite aufzutreiben, die sie anscheinend auch erhalten würden. Desselwegen sei vorgesehen, ihnen einen Teil der beschlagnahmten Lagerbestände zur Verfügung zu stellen. Durch den Verkauf dieser Lagererzeugnisse würden sie in den Besitz der für die Wiederbetriebnahme ihrer Werke erforderlichen Summen gelangen. Man dürfe also hoffen, daß die wirtschaftliche Lage im Ruhrgebiet sich bald gänzlich bessern werde.

Essen, 29. Okt. Es verlautet, daß die Verhandlungen der Firma Krupp mit der französischen Kommission in Düsseldorf in den nächsten Tagen zum Abschluß gelangen. Die Firma Krupp soll dadurch die Möglichkeit erhalten, gegen Hinterlegung von Sicherheiten ohne Festlegung auf spätere, dauernde Abgaben die produktive Arbeit in einem gegenüber den letzten Wochen erweiterten Maße wieder aufzunehmen. Hierdurch würde sich eine längere Arbeitslosigkeit für etwa 75 000 Arbeiter und Angestellte in Essen und Rheinhausen, sowie auf den Kruppzweigen vermeiden lassen.

Berlin, 29. Okt. Der Düsseldorfer Korrespondent des „Welt Journal“ berichtet, daß Sinnes der französisch-belgischen Militärmission ein Projekt für die Wiederaufnahme der Arbeit unterbreitet habe, das eine ernste Verhandlungsgrundlage darstelle. Er habe Bevollmächtigte zurückgelassen, die den ganzen gestrigen Tag hindurch die Verhandlungen fortgesetzt hätten. Sie ständen vor dem Abschluß und würden wahrscheinlich am nächsten Dienstag zu bestimmten Abkommen führen.

Die Verschleppungspolitik der französisch-belgischen Regie.

Essen, 29. Okt. Von gut unterrichteter Seite im Ruhrgebiet wird mitgeteilt: Die neue Woche wird zweifellos zu den schwersten Zeiten gehören, die das Ruhrgebiet bisher erlitt. Betriebsstillegungen erfolgten heute in einem Maße, das einer völligen Arbeitslosigkeit gleichkommt. In nahezu allen größeren Werken stehen die Maschinen still und die Schöte rauchen nicht mehr. Die Verantwortung für diesen Zustand und seine Folgen haben einzig und allein die Besatzungsmächte zu übernehmen, die durch ihre Maßnahmen und unerfüllbaren Bedingungen die jetzige Lage schufen. Auf deutscher Seite besteht nach wie vor Verhandlungsbereitschaft und es bedarf nur einer vernünftigen Stellungnahme der interalliierten Kontrollkommission für die Hütten- und Bergwerke. In einem solchen Falle erscheint eine Einigung nicht ausgeschlossen, wie z. B. die Verhandlungen der Firma Krupp beweisen. Aber auch wenn selbst in den nächsten Tagen Abkommen abgeschlossen werden können, die die Wiederaufnahme des Betriebes gestatten, bestehen Schwierigkeiten genug, die der produktiven Arbeit im Wege stehen. Die Transportfrage ist immer noch ungeklärt. Wenn es nicht gelingt, Erze, Roheisen und Koks an die Werke heranzubringen und Fertigfabrikate auszuführen, so ist die Wirtschaftlichkeit dieser Werke selbst durch Abkommen verschiedenster Art nicht um einen Schritt gefördert. Die Regie entschuldigt sich neuerdings damit, daß die deutsche Eisenbahnverwaltung ihr das nötige Material nicht zurückerstatte. Es muß jedoch festgestellt werden, daß Tausende von Wagen auf den toten Strecken des Ruhrreviers stehen. Vom 29. Oktober ab ist für den Regiebetrieb ein neuer Fahrplan vorgesehen, der eine Verstärkung des Betriebs und die Betriebsaufnahme auf den bisher noch nicht befahrenen Strecken bringen soll. In einer solchen Bekanntmachung der Regie wurde jedoch schon mitgeteilt, daß die Wiederbetriebnahme bisher stillgelegter Strecken noch nicht erfolgen kann. Es fehlen der Regie vor allem die höheren deutschen Eisenbahnbeamten, die in der Lage wären, die Reorganisation im Ruhrrevier durchzuführen.

Ein neuer amerikanischer Luftballon.

Eine amerikanische Anleihe für Deutschland?

Paris, 29. Okt. Nach einer Havas-Meldung aus New York ist in den Blättern gestern von einer großen deutschen Anleihe die Rede gewesen, die wahrscheinlich das Ergebnis der beabsichtigten Sachverständigenberatungen sein würde. Die Anleihe würde hauptsächlich in den Vereinigten Staaten aufgelegt werden. Ueber die gleiche Angelegenheit wird dem „New York Herald“ aus Washington berichtet, wenn Frankreich keine Einwendungen mache (!) u. Deutschland sich bereit erkläre, die von der beabsichtigten Sachverständigen-Kommission festgesetzten Reparationen zu bezahlen, würden die Vereinigten Staaten die Ermächtigung zu einer deutschen Anleihe erteilen, die zum größten Teil in den Vereinigten Staaten aufgenommen werden soll. Zweck der Anleihe sei nicht so sehr, der deutschen Industrie einen Teil der inneren fiskalischen Anspannung zu ersparen, der sich Deutschland unterziehen müsse, um seine Schulden bei den Alliierten zu bezahlen, als vielmehr die deutsche Regierung in den Stand zu setzen, in ihrem eigenen Hause Ordnung zu schaffen, die Währung zu stabilisieren und um Nahrungsmittel zu kaufen. Nach dem Blatt soll in offiziellen und Geschäftskreisen die Ansicht allgemein dahin gehen, daß es im Anschluß an die Sachverständigen-Konferenz zu einer Wirtschaftskonferenz größten Stiles kommen werde. Der „New York Herald“ behauptet auch, daß die Kredite für die Einfuhr von 50 Millionen Bushels Getreide, über die gestern berichtet wurde, aus der vorerwähnten Anleihe entnommen werden solle.

Die Franzosen unterstützen offen die Separatisten.

Frankfurt a. M., 29. Okt. Nach einer Blättermeldung aus Darmstadt haben die Franzosen eine große Anzahl Bürger in dem benachbarten Arheilgen verhaftet und nach Mainz abtransportieren lassen, weil die Bewohner gegen die Separatisten in Arheilgen scharf Stellung genommen und der Bürgermeister einige in Schutzhaft nehmen lassen. Die Franzosen haben nunmehr die sofortige Freilassung der Separatisten verlangt und, ohne eine Entscheidung der deutschen Behörden abzuwarten, die obigen Verhaftungen vornehmen lassen.

Ausweisung von 15 Polizisten aus Aachen, durch die Rheinlandkommission.

Paris, 29. Okt. Nach einer Meldung der Agence Havas aus Aachen sind gestern 15 Polizisten auf Beschluß der Rheinlandkommission aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden mit der Begründung, daß sie sich den Anweisungen der Besatzungsbehörden nicht gefügt hätten.

Die Meldungen der deutschen Eisenbahner zur Wiederaufnahme der Arbeit.

Paris, 29. Okt. Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf haben sich seit dem 17. Oktober 115 000 deutsche Eisenbahner zur Wiederaufnahme der Arbeit bei der Regiebehörde eingefunden.

Erste Unruhen in Düsseldorf.

Düsseldorf, 29. Okt. Ein Kommando der blauen Polizei, das zur Verhinderung im Gange befindlicher Plünderungen und zur Sicherung von Lebensmitteltransporten ausgerückt war, wurde in der Kölner Straße in der Nähe des Marktes mit Steinen beworfen. Es entspann sich ein regelrechtes Feuergefecht. Gegen die Beamten wurde eine Handgranate geworfen, wodurch fünf von ihnen, darunter einige schwer, verletzt wurden. Auch an anderen Stellen der Stadt haben die Plünderungen von Lebensmittelgeschäften ihren Fortgang genommen. Die Polizei ist zu schwach, um den Plünderungen Einhalt zu tun.

Düsseldorf, 30. Okt. Am Samstagabend kam es an verschiedenen Stellen der Stadt zu Plünderungen und schweren Zusammenstößen mit der Polizei. Bei den Kämpfen in der Parkstraße wurden ein Arbeiter durch einen Lungenschuß und eine Lageristin durch einen Kopfschuß getötet. Besonders schwere Ruhestörungen dauerten in Geresheim bis in die Nacht hinein an. Dort wurde das Gerichtsgefängnis von etwa 400 Menschen gestürmt und dabei 14 Strafgefangene befreit. Mit Hilfe des französisch-belgischen Postens wurden die Ruhestörer zerstreut. In den frühen Morgenstunden lebten die Tumulte auch in Oberbilk wieder auf. Dabei wurde festgestellt, daß aus zwei Häusern der Kiefernstraße fortgesetzt ein Gewehrfeuer unterhalten wurde. Eine große Menschenmenge stürmte ein Spritzlager in der Kölnstraße. Die Fässer mit Rohbrandtwein wurden angebohrt und ihres Inhaltes beraubt. Die Plünderer begannen bereits an Ort und Stelle soviel Schnaps zu trinken, daß sie sich auf der Straße herumwälzten. Am Vormittag kam es noch an verschiedenen Stellen zu Ruhestörungen und Plünderungen. Die Ruhe wurde aber sehr bald wiederhergestellt, als die Besatzungstruppen zusammen mit der Polizei vorgingen. Die Polizei ist jetzt dezentralisiert, um sofort mit aller Kraft in den einzelnen Vierteln eingreifen zu können. Die Besatzungsbehörden verlangen nunmehr (!) von der Polizei, daß sie rücksichtslos gegen alle Plünderer mit der Waffe vorgeht. Militär steht überall zur Verfügung.

Deutschland.

Die Frage der Bezahlung wertbeständiger Löhne.

Berlin, 30. Okt. In den Besprechungen, die gestern im Reichsarbeitsministerium zwischen den beteiligten Reichsressorts und Vertretern der Spitzenverbände der Arbeitnehmer stattgefunden haben, ist auf Grund der Erklärungen des Vertreters des Reichsfinanzministeriums festgestellt worden, daß wertbeständige Zahlungsmittel in einer zur Lohnzahlung ausreichenden Menge in der laufenden Woche noch nicht zur Verfügung stehen. Erst

in der kommenden Woche wird zunächst noch geringer Bruchteil der Löhne und Gehälter wertbeständig ausgezahlt werden können. Der Uebergang zur vollen Bezahlung in wertbeständigen Zahlungsmitteln wird noch einige Wochen in Anspruch nehmen. Er kann sich natürlich nur in dem Ausmaße vollziehen, in dem die Herstellung wertbeständiger Zahlungsmittel technisch möglich ist. Dabei ist zu beachten, daß wertbeständige Zahlungsmittel eines erhöhten Schutzes gegen Fälschung bedürfen und daher in ihrer Herstellung gewissen Beschränkungen unterliegen. Alle Beteiligten waren sich darüber einig, daß die Verteilung der wertbeständigen Zahlungsmittel auf die einzelnen Berufe und Erwerbszweige möglichst gleichmäßig erfolgen muß und hierbei insbesondere das Reich nicht schneller als die Privatindustrie vorgehen darf. Die Vertreter der Spitzengewerkschaften forderten einmütig den sofortigen Uebergang zur Berechnung der Löhne in Goldmark. Die endgültige Klärung dieser Teilfrage ist noch nicht erfolgt. Die Besprechungen hierüber sollen daher am Mittwoch, den 31. Oktober, unter Zuziehung der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände fortgesetzt werden.

Gute Aufnahme des wertbeständigen Geldes in Berlin.

Berlin, 29. Okt. Das neue, wertbeständige Geld hat, den Blättern zufolge, heute in Berlin gute Aufnahme gefunden. Von den Warenhäusern und den großen Einzelhandelsgeschäften ist das neue Geld allgemein als vollgültiges Zahlungsmittel angenommen worden. Auch in Restaurants und Cafés wurden die neuen Scheine in Zahlung genommen.

Razzia gegen Devisenschieber in Köln.

Köln, 30. Okt. Bei einer Razzia nach Devisenschiebern im Hauptbahnhof sind von der Kriminalpolizei 36 Personen wegen verbotenen Devisenhandels festgenommen und eine große Menge Devisen beschlagnahmt worden.

Generalkstreik in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 27. Okt. Von dem gestern gegen den Willen des Gewerkschaftsartikels und den politischen Parteien ausgesprochenen Generalkstreik wird hauptsächlich die Metallindustrie betroffen. Von den dortigen Belegschaften — ungefähr 35 000 Arbeitern — sind nach der „Frankfurter Zeitung“ rund 30 000 ausständig. Nur in den zwei größeren Betrieben, nämlich bei Pokorny u. Wittekind und den Mönnswerken wird weitergearbeitet. Heute haben sich in mehreren Fabriken Arbeiter gemeldet; doch war ihre Zahl vorläufig noch so gering, daß die Wiederaufnahme der Arbeit nicht lohnend erschien. Sonst hat sich im Gesamtbild der Stadt nichts geändert. Der Verkehr wickelt sich ruhig ab.

Nach dem Kommunistenputsch in Hamburg.

Hamburg, 27. Okt. Die bei den Straßenkämpfen gefallenen Schutzpolizisten sollen in einem gemeinsamen Grab auf Staatskosten feierlich beigesetzt werden. Die Zahl der Toten und Verwundeten auf Seiten der Aufrehrer steht noch nicht fest. Es werden aber weit über 100 Tote gezählt. Man nimmt an, daß die Aufständischen die Toten in einzelnen Fällen an Ort und Stelle verscharrt haben. Die Staatsanwalter haben gestern die Arbeit wieder ausgenommen, die im übrigen sowohl im Hafen wie auf den Werften gestern noch vollständig ruhte.

Das Urteil im Rüsttriner Hochverratsprozess.

Rottbus, 27. Okt. In dem Hochverratsprozess Buchrucker und Genossen wurde heute das Urteil gefällt: Buchrucker erhielt 10 Jahre Festungshaft und 100 Milliarden Geldstrafe. Herzer wurde zu 2 Jahren 6 Monaten, Hayne zu 8 Monaten, Fliege zu 5 Monaten, Voigt zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Stobbe und Körtege wurden freigesprochen. Boyezinski erhielt 5, Walter 3, Schrenk und Reichel ebenfalls 3 Monate Gefängnis. Dabowski, Kühn und Burgherr wurden freigesprochen. Allen Angeklagten werden 3 Wochen Untersuchungshaft angerechnet. Ehrenstrafen wurden nicht verhängt. Mit Ausnahme von Buchrucker und Herzer sind alle aus der Haft entlassen worden.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 30. Oktober 1923.

Ein milder Winter in Sicht?

Es sind mancherlei Anzeichen vorhanden, daß wir einem milden Winter entgegengehen. Vor allem anderen wird dies davon abgeleitet, daß wir noch gegenwärtig Schwaben in größerer Anzahl bemerken können, die noch nicht an ihre Abreise denken. Weiter sehen wir viele Vogelbeerbäume mit roten Früchten und gleichzeitigem Blütenstande. Die Finken schlagen noch lustig, als ob es dem Frühling entgegengehen würde, die Jäger sagen uns, daß Rehe, Füchse und Hasen noch immer ihre schöne Sommerkleidung tragen. In den Höhen blühen noch immer die Alpenblumen, die Vegetation ist reichlich, die Alpenrosen knospen und sogar einzelne Völkblüten wurden in den letzten Tagen noch gefunden. Die kleinen Waldtiere, die sonst um diese Zeit schon längst mit dem Sammeln von Winterporträten beschäftigt sind, zeigen noch gar keine Geschäftigkeit und gehen nicht auf Vorräte aus. Alle diese Anzeichen und noch viele andere deuten unzweifelhaft darauf hin, daß der Winter 1923/24 ein milder und wohl auch ein schneearmer werden wird. — Alle diese Erscheinungen können aber auch mit der sommerlichen Oktoberwitterung in Beziehung gebracht werden.

Der neue Landesmilchpreis.

Der Erzeugermilchpreis beträgt für die Zeit vom Mittwoch, den 31. Oktober bis Freitag, den 2. November einschließlich 1,8 Milliarden Mark, frei Ablieferungsstelle. — Dazu kommen noch der Fuhrlohn und die Kosten der Sammelstelle am Ausgabeort.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland

Die württ. Zentrumsfraktion zur Lage.

(S.C.B.) Stuttgart, 29. Okt. Am 27. Oktober trat die Landtagsfraktion des Zentrums zur Besprechung der politischen und wirtschaftlichen Lage unseres Landes zusammen. Minister Volz legte seine Bemühungen hinsichtlich der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung dar. Die Fraktion billigte erneut die politische Stellungnahme und Tätigkeit des Ministers. In eingehender Aussprache wurde zum Währungs- und Ernährungsproblem Stellung genommen. Die schnellste Herausgabe wertbeständigen Geldes wurde als die zur Zeit notwendigste Regierungsaufgabe bezeichnet. Die beiden Zentrumsminister wurden dringend ersucht, nach dieser Seite hin im Staatsministerium entschieden tätig zu sein. Ohne Regelung der Währungsfrage lassen sich nach Ansicht der Zentrumsfraktion die Ernährungsfragen in Gegenwart und Zukunft nicht mehr lösen. Eingehend wurden die unhaltbaren Zustände auf dem Gebiete des Bank-, Börsen- und Steuerwesens besprochen, wobei besonders auf deren Auswirkungen auf den Mittelstand hingewiesen wurde. Von der Regierung wurde eine stärkere Aktivität auf verschiedenen Gebieten gefordert. Endlich wurde zu den wichtigsten innenpolitischen Fragen (Bayern, Ruhrkampf usw.) Stellung genommen. Die Fraktion wird in kurzer Zeit zu weiterer Besprechung zusammentreten.

Kleine Anfrage.

(S.C.B.) Stuttgart, 27. Okt. Der Abg. Rohmann (D.B.) hat an das Staatsministerium folgende Kleine Anfrage gerichtet: In Ulm a. D. ist wiederholt an Mitglieder kommunistischer Hundertschaften scharfe Munition verkauft worden. Weiterhin wird behauptet, daß von Ulmer Firmen Angehörige kommunistischer Hundertschaften mit militärischen Ausstattungsgegenständen versehen worden seien. Sind dem Staatsministerium die Tatsachen zu Abs. 1 und die Gerüchte zu Abs. 2 bekannt? Welche Ermittlungen hat das Staatsministerium angestellt und welches war das Ergebnis der Untersuchung? Ich begnüge mich mit schriftlicher Antwort.

Eine Erklärung der vaterländischen Verbände.

(S.C.B.) Stuttgart, 29. Okt. Die Verein. Vaterländischen Verbände von Württemberg und Hohenzollern haben gestern hier eine Vertreterversammlung abgehalten und eine Erklärung beschlossen, die von der württ. Regierung verlangt, daß sie schleunigst alle Bindungen zur Internationalen löst und mit Bayern gemeinsam Deutschlands völkische Erneuerung herbeiführt.

Gesetzliche Miete.

(S.C.B.) Stuttgart, 27. Okt. Die im „Staatsanzeiger“ vom 25. Oktober bekanntgegebene neue Reichsrichtzahl für Lebenshaltungskosten beträgt 3045 Millionen. Sie bedeutet gegenüber der Reichsrichtzahl von 40,4 Millionen, die für die letzten Zuschläge zur Grundmiete maßgebend war, eine Erhöhung um volle 7430 Prozent. Für Mieter, die ihre Oktobermiete noch nicht bezahlt haben, haben sich also die erwähnten Hundertschlagszuschläge jetzt gegenüber dem Stand am Anfang des Monats auf das 75,3fache erhöht.

Verbotene Sammlung.

(S.C.B.) Heidenheim, 27. Okt. Mitglieder der Kommunistischen Partei veranstalteten eine Kollekte hauptsächlich bei den hiesigen Geschäftsleuten für die Inhaftierten. Diese Kollekte ist gesetzlich verboten. Ein Mitglied, das über 11,5 Milliarden Beiträge hatte, ist schon abgefaßt worden.

Der Fall Keller.

(S.C.B.) Rottweil, 29. Okt. Das Schwurgericht verhandelte gegen den 35 Jahre alten Hermann Keller, Dr. med., Augenarzt

in Rottweil. Er hatte in der Nacht vom 16. bis 17. Juli 1923 mit noch anderen in verschiedenen Weinwirtschaften und später bei sich zu Hause gezecht. Morgens um 3 Uhr verließ die Gesellschaft die Wohnung des Angeklagten und machte sich das Vergnügen, mit einem kleinen Handwagen unter lautem Schreien und Krakehlen mehrere Male die Straße vom Marktplatz zum Biadukt hinunter zu fahren. Nachdem das Treiben einige Zeit gedauert hatte, verwies Schutzmann Lambrecht ihnen die Nachruhförderung und nahm Lambrecht den Handwagen weg. Der Angeklagte und Ingenieur Meyer versuchten, dem Schutzmann den Wagen zu entreißen. Der Schutzmann Lambrecht wandte sich nun gegen Meyer, den er nicht kannte, und nahm ihn fest. Es kam zwischen beiden zu einem kurzen Handgemenge. Keller drängte sich zwischen den Schutzmännern und Meyer. Der Schutzmann stieß ihn beiseite, Keller verfehlte darauf dem Schutzmann einen Schlag ins Gesicht. Um sich weiterer Angriffe zu erwehren, zog Lambrecht den Säbel und führte, während er den Meyer mit der einen Hand festhielt, gegen den erneut auf ihn eindringenden Angeklagten zwei flache Hiebe. Da zog Keller eine Pistole und gab auf den Schutzmann einen Schuß ab, der eine siebenwöchige Dienstunfähigkeit des Schutzmanns zur Folge hatte. Der Angeklagte behauptet, er sei in Notwehr gewesen. Meyer wurde wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt schon vor einiger Zeit mit 2 Millionen Mark bestraft. Die Geschworenen aber erklärten Keller für unschuldig. Der Spruch erregt allgemeines Aufsehen und Kopfschütteln.

Ein eigentümliches Urteil.

(S.C.B.) Ravensburg, 27. Okt. Vor der Strafkammer stand der Metzgermeister Josef Rieger von Waldsee unter der Anklage eines Vergehens gegen das Lebensmittelgesetz in Tateinheit mit fahrlässiger Tötung. In den Tagen nach dem 5. August waren bekanntlich in Waldsee 65 Personen, die von einem bei Rieger gekauften Schwartenmagen gegessen hatten, erkrankt, wovon fünf starben. Rieger hatte am 26. Juli ein Schaf geschlachtet, das zwei eitrige Wunden hatte, die von Rissen eines Hundes herrühren sollen. Der Kopf des Schafes wurde in die sog. Lake, d. i. das Salzwasser, zum Köcheln gebracht. Aus diesem wurde der Kopf am 5. August genommen und zu Schwartenmagen verarbeitet, nachdem er etwa 3/4 Stunden gekocht worden war. Das geschlachtete Schaf war weder vor noch nach der Schlachtung dem Fleischbeschauer vorgelegt worden. Rieger will einen dementsprechenden Auftrag gegeben haben und der Ansicht gewesen sein, daß das Fleisch beschaut wurde. Das in der Hauptsache übereinstimmende Urteil der Sachverständigen kam zu folgendem Ergebnis: Es darf als sicher angenommen werden, daß die Erkrankungen vom Schwartenmagen herrührten. Daß der Schafskopf tatsächlich eitrige Blutvergiftung hatte, kann mit unbedingter Sicherheit nicht festgestellt werden, da nicht die inneren Organe des Schafes vorlagen. Auf Grund der eitrigen Teile des Schafes wäre das ganze Schaf von der Fleischbeschauer nicht weggesprochen worden, wenn die inneren Organe gesund gewesen wären. Aber selbst angenommen, das Schaf habe die eitrige Blutvergiftung gehabt, so kann nicht nachgewiesen werden, daß dies die Ursache der Wurstvergiftung war. Die Möglichkeit dürfte nicht ausgeschlossen werden, daß die Erreger der Wurstvergiftung erst nach der Schlachtung des Schafes in das Fleisch gelangten. Diese Erreger kommen auch in gesunden Menschen vor und hätten den Messern oder der Hackmaschine anhaften können, was namentlich in der heißen Jahreszeit vorkomme. Wenn es bloß die Toxine gewesen wären, hätte die Wirkung nicht die starke sein können, es wären auch nicht lebende Bakte-

rien in den Organen der Kranken vorgefunden worden und die Wirkung hätte sich auch bei den anderen Wurstwaren zeigen müssen. Der Staatsanwalt erklärte, er glaube nicht, daß man zu einem Schuldspruch kommen könne, und stellte den Urteilspruch in das Ermessen des Gerichtshofes. Die Waldseer Bevölkerung müsse sich damit beruhigen, daß Unglücksfälle und kein Verbrechen vorliegen. Der Angeklagte wurde denn auch freigesprochen. — Zum allermindesten hätte der Metzger wegen Umgehungs des Fleischbeschaugebots gestraft werden sollen, und weiterhin liegt doch der begründete Verdacht vor, daß das Schaf dem Fleischbeschauer nicht vorgelegt wurde, weil man die Ablehnung des Verkaufs befürchtete. Nach Laienempfinden liegt also eine ausgesprochene Schuld vor, und damit auch die Verantwortung für die Folgen dieses Verschuldens. Allerdings hätte dann der Angeklagte wegen fahrlässiger Tötung bestraft werden müssen, und weiterhin wäre er schuldenerfüllt gegenüber den Geschädigten, bzw. deren Angehörigen geworden. Das Urteil ist aber wegen der Gefahr der Schaffung eines Präzedenzfalls von schwerwiegender Bedeutung, und es sollte dagegen unbedingt im Interesse der Sicherung der Gesundheit der Bevölkerung Stellung genommen werden. Die Schriftl.

(S.C.B.) Stuttgart, 29. Okt. Das Wehrkreis-Kommando V teilt mit: Gelegentlich einer Nachübung der Minenwerfer-Kompagnie Inf.-Regt. 13 am Bietigheimer Forst bei Ludwigsburg wurde ein vorübergehend allein stehendes Fahrzeug der Kompagnie von einer geschlossen anrückenden kommunistischen Abteilung umringt. Der Führer wurde entwaffnet und gezwungen, nach der Polizeiwache Bietigheim zu fahren. Die von dem Vorfall benachrichtigte Kompagnie rückte hierauf nach Bietigheim, nahm unter Hinzuziehung der Polizei den Führer der kommunistischen Abteilung namens Rau fest und lieferte ihn an das Polizeiamt Ludwigsburg ein. In der Nacht vom 28. Oktober wurde in Ludwigsburg der Posten am Pulver-Magazin in der Solitude-Allee von einem Stoßtrupp Zivilisten, die mit einer Maschinenpistole ausgerüstet waren, angegriffen. Er erwehrte sich der Angreifer mit Handgranaten und Gewehrschüssen. Wenige Minuten darauf kam eine starke Patrouille zu Hilfe. Die Angreifer haben aber rechtzeitig die Flucht ergriffen.

(S.C.B.) Heilbronn, 29. Okt. In der Nacht zum 25. Oktober ist der erblindete, 35 Jahre alte Hausierer August Halderwang von Dagersheim, O.A. Böblingen, hier wohnhaft, nicht nach Hause gekommen und seither verschwunden. Nach dem Ergebnis der bisherigen Ermittlungen ist mit der größten Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß er freiwillig den Tod im Redar gesucht hat.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Berliner Briefkurse vom 27. Oktober:	
1 Dollar	65 162 500 000 M.
1 Goldmark	15 514 880 952 M.
Berliner Briefkurse vom 29. Oktober:	
1 Dollar	65 162 000 000 M.
1 Goldmark	15 514 761 904 M.
1 Schweiz. Franken	11 629 000 000 M.
1 franz. Franken	3 789 300 000 M.
1 holl. Gulden	25 263 000 000 M.

Der amtliche Mittelkurs am Montag.

Berlin, 29. Okt. (Mitteilung der Reichsbank.) Der zur Durchführung der Devisenverordnung maßgebende amtliche Mittelkurs des Dollars ist heute, am 29. Oktober, 65 Milliarden Mark.

Krenz und quer durch alemannisches Land.

Das Land der Alamannen
Mit seiner Berge Schnee,
Mit seinem blauen Auge,
Dem klaren Bodensee.
Mit seinen gelben Säuren,
Dem Regenstaud der Auen
Recht wie ein deutsches Kind,
Ist solches Land zu schauen.

Das Zusammentreffen verschiedener günstiger Voraussetzungen hat es mir ermöglicht, den Wunsch vieler Jahre zu verwirklichen und heute in meinen Ferien in das „Land der Alamannen“ zu fahren. Mit einem wegen der Umleitung eingelegten Frühjahrsflug bin ich abgereist, die übliche Verspätung mußte in den Kauf genommen werden. Das Wetter ließ sich prächtig an. Jupiter pluvius war, von ganz vereinzelt Ausnahmen abgesehen, günstig fast über die ganze Zeit meiner 27tägigen Abwesenheit. In Willingen erfuhr die Verspätung noch einen akkumulierten Zuwachs, so daß wir im badischen Bahnhof in Basel mit 1 Stunde Verspätung einfuhren. Meine Stimmung war trotz alledem vorzüglich. An der „Donau Quell“ vorbei bewegte ich der Zug nach Neustadt und weiterhin dem Höllental zu. Das landschaftliche Bild wechselte unaufhörlich, bald Hochebene, keifeingeschnittene Täler, lachende Fluren, dann düstere Tannenwälder, Einschnitte, Tunnels, Biadukte. Das Höllental zeigte ich im ersten Schmuße des Frühlings mit seinen Glanzpunkten Titisee, Himmelreich, Hirschsprung. Nach letzterem erweiterte sich das Tal mit einem Male; es geht dem in einem herrlichen Garten Gottes gelegenen Freiburg zu, der Perle des Breisgauer. Ich hatte die Stadt vor Jahren schon besichtigt (herrliches Münster) und fand diesmal der günstigen Zugverbindung wegen eine Zeit zum Aussteigen. Vor der Zollrevision in Basel hatte ich mir daheim unnötig Angst gemacht. Dieselbe wurde auf beiden Seiten so wohlwollend wie nur möglich gehandhabt. Mag sein, daß die Mittagsstunde auch das ihrige dazu beigetragen hat. Ich machte sofort die Besuche bei meinen Verwandten und Bekannten und sah mir die Stadt an. Am nächsten Morgen Weiterfahrt durch das in prächtigster Baumbliüte stehende „Baßbiet“ über den Eisenbahnknotenpunkt Olten nach Bern. In Olten hatte ich Gelegenheit, die wohltätige Einrichtung der Bahnhof-

mission kennen zu lernen. Die Strecke Basel-Bern ist die einzige, die ich während meines längeren Aufenthalts in der Schweiz mit der Bahn zurücklegte. Sonst wurden alle nachfolgend beschriebenen Bestreben per pedes apostolorum zurückgelegt, wenn es nicht gelang, ein Gelegenheits-Auto zu benützen, wozu sich fast alltäglich Gelegenheit bot. Wie Basel und auch Zürich ist Bern eine herrlich gelegene Stadt; vornehmer Luzus zeigt sich überall an Gebäuden, den prächtigen Läden in den Lauben der hauptsächlichsten Straßen. Die Verkehrsgebäude (Post, Bahnhof, das Gebäude des Westpostvereins) zeichnen sich durch Eleganz aus. Sehenswert sind dann noch der Zeitglockenturm, der Bärenzwinger, das Bubenbergsdenkmal, das Denkmal des Westpostvereins, die verschiedensten Bundesratshäuser. Ich wurde darauf aufmerksam gemacht, daß eine Stunde nachher die Parlaments-Verhandlungen beginnen und höchlichst eingeladen, zuzuhören, zog es aber vor, mir das herrliche Münster anzusehen. Der Platz davor, hoch über der Aar gelegen, bietet einen umfassenden Rundblick über die verschiedensten Teile der Stadt. Vom „Känzeli“ genoss ich den schönsten Blick auf die Riesen des Oberlandes, wie nachher nie mehr. Jungfrau, Mönch, Finsteraarhorn waren zum Greifen nahe; auch die Stockhornkette, der Riesen wurden sichtbar. Es galt jetzt noch, am Abend möglichst weit gegen Thun zu kommen. Bis Wädtracht reichte es. Am nächsten Morgen ging's zeitig aus den Federn. Bald nach dem Verlassen der gastlichen Stätte nahm ich ein Auto auf. Nachmals herrlicher Anblick der Berner Riesen über die weite Fläche des Thuner Sees, dann Säslüf für immer mit der Fernsicht. Plötzlich hieß es aufgeschaut: Jetzt kommt Thun, romantisch gelegen, eng gebaut, gut mittelalterlich erhalten. „Thun ist schön, nichts tun ist noch schöner“ wurde gittiert; was irgend sehenswert war, wurde gezeigt. Großes Interesse an deutschen Fragen, warmherzige Teilnahme der Inassen. Bis Erlenbach im Niesderrimental ging die Fahrt. Sofort kam ein zweites Auto des Wegs, das mich beliebig entweder über Saanen nach Montreux am oberen Genfer See oder über Zwiefimmen (Zwöhma genannt) am Fuße des Wildstrubels nach Bad Lenk mitgenommen hätte. Doch wollte ich über mein Ziel (Zweifimmen) nicht hinausgehen. Ueber den Wildstrubel wäre ich bald in Sitten

(Sitten) an der Rhone im Mittelwallis gewesen. Das Simmental zeichnet sich nicht gerade besonders durch landschaftliche Schönheiten aus, eher noch im oberen als im unteren Teil der Ebene. Dafür entschädigt die anheimelnde biedere Art seiner Bewohner. Der nach Bad Lenk fahrende Autobesitzer, ein Kunstmüller von S., zwischen Bern und Thun hatte schon viel von der Welt gesehen, war über den Weltkrieg in Frankreich gewesen und dann nachher — 1916 oder 1917 — in Potsdam. An letzterem Ort habe er sich durch den Siegestaumel nicht täuschen lassen. Er habe tiefer gesehen als andere und damals schon vorausgesehen, wie der „Hase“ dann später in Wirklichkeit gelaufen sei. Beim Verlassen von S. geriet ich an einen weiteren Fuhrwerksbesitzer, einen „Hornberger Bruder“ aus Sigiswil bzw. Steffisberg von der Nordseite des Thuner Sees, der mich absolut zu seiner Sekte bekehren wollte. Er sprach stets hochdeutsch und obwohl er mich mit den Worten empfangen hatte: „Es ist höchste Zeit, daß Ihr Deutsche Euch bekehrt und von Eurem Militarismus ablasst“, so zeigte sich nachher doch, daß er das Herz auf dem rechten Fleck hatte. Er hatte schon vor Jahren einen Ruhrnaben aufgenommen, erzogen und jetzt noch bei sich. Er versicherte, mit diesem Essener nur gute Erfahrungen gemacht zu haben. Auch alle seine Gefinnungsbrüder seien willig, derartige „Hungerkinder“ aufzunehmen. Der Mann kam viel im deutschen Süden herum. Kolmar, Straßburg, Freiburg, Stuttgart, Mergentheim nannte er unter den Städten, die er gut kenne. Nachgehends fand ich fast durchweg, wo ich verkehrte, daß man solche deutsche Kinder im Hause hatte, manche die vorher schon dort gewesen waren, oder daß man sich zu ihrer Aufnahme bereit erklärt hatte, mochten diese Kinder nun aus Wien, dem industriellen Rheinland-Westfalen, der Provinz Sachsen oder Oberschlesien entstammen. In dem freundlichen Hause in D. unter der Stockhornkette fand ich — vorgezeichnet — freundlichste Aufnahme. Die Frau hat eine Pensionsfreundin in meinem Wohnort. Beim Abschied sagte mir der Mann, der Deutschland in seinen jungen Jahren viel bereist hat, bewegt, er trage die große Not dieses Landes täglich auf fürbittendem Herzen. Dabei ist er selbst ein Leidgeprüfter. Er hat ein unheilbares Beinleiden und auch sonst viel Unglück in der Familie. (Fortsetzung folgt.)

Prägung von Rentengeldmünzen.

Berlin, 29. Okt. Mit der Prägung von Münzen für das Rentengeld ist bereits begonnen worden. Es werden geschaffen: 1, 2, 5, 10 und 50-Rentenpfennigstücke. Im übrigen sind alle Vorbereitungen getroffen, damit die Rentenbank ihre praktische Tätigkeit demnächst aufnehmen kann. Insbesondere schreibt auch der Druck der Rentenbankcheine, die durch die Goldrentenbriefe voll gedeckt sein müssen, rüstig vorwärts. Die Rentenbank wird bis zur Ablösung durch die Goldmark das geeignete wertbeständige Zahlungsmittel des Verkehrs sein. Die Rentenbank ist, darüber sind sich Regierung und Wirtschaft einig, ein Zwischenglied bis zur Schaffung der Goldmark, mit der die Rentenbank eingelöst wird. Die Arbeiten für die Goldrentenbank werden mit großer Beschleunigung durchgeführt. In dieser Hinsicht ist auf den unmittelbar bevorstehenden Erlaß der Verordnung zur Abänderung des Bankgesetzes zu verweisen.

Millionenscheine.

Berlin, 30. Okt. Wie das „Berliner Tageblatt“ erfährt, werden noch im Lauf der Woche 1-, 2-, 5- und 10-Millionenscheine zur Ausgabe geladen. Es sei auch möglich, daß noch 100-Billionenscheine verausgabt würden.

Einführung der Millionenmarkrechnung bei der Post- und Telegraphenverwaltung.

Infolge der starken Geldentwertung und der dadurch hervorgerufenen Aufblähung des Zahlensystems, unter deren Wirkung die pünktliche Abfertigung der Bevölkerung an den Postschaltern außerordentlich leidet, sieht sich die Reichspost- und Telegraphenverwaltung genötigt, ihren gesamten Zahlungs- und Rechnungsvorkehr und das Gebührenwesen vom 1. November an auf die Millionenmarkrechnung einzustellen. Postanweisungen, Nachnahmen, Postaufträge, Wertangaben bei Wertsendungen, Zahlkarten, Postüberweisungen, Erzahlüberweisungen, Postschekke und Zahlungsanweisungen dürfen vom 1. November an nur über volle Millionen Mark lauten. Bei der Angabe des Betrags in Ziffern ist dabei an Stelle der sechs Nullen das Wort „Millionen“ zu schreiben: z. B. ist also statt 16000000

Anzeigen-Schlüsselzahl 18 000 000

Mark künftig 16 Millionen Mark zu schreiben. Die Stammeinlage, die auf jedem Postschekkonto zu halten ist, wird auf 10 Millionen Mark festgesetzt werden. Bruchteile von 1 Million Mark, die über den 1. Novbr. hinaus als Guthaben auf den Postschekkonten stehen geblieben sind, werden gestrichen werden.

Zur Einführung der Goldmarkrechnung bei der Eisenbahn.

Der Umrechnungskurs der Goldrechnungsmark in Papiermark wird täglich auf Grund des amtlichen Dollarkurses an der Berliner Börse festgesetzt und den Eisenbahndienststellen telegraphisch mitgeteilt. Dieser auf Milliarden abzurundende Umrechnungskurs gelangt am nächsten Tage für die Umrechnung der Goldtarifätze in Papiermark zur Anwendung. Die Abfertigung der Reisenden erfolgt in derselben Weise und an denselben Schaltern wie bisher. Besondere Einrichtungen wie die Verweisung an bestimmte Schalter und im Notfalle an bestimmte Wechselstellen lassen sich dort nicht umgehen, wo bei zunehmendem Umlauf von Rentenmark, Dollarschuldanweisungen, Goldanleihe usw. eine Umrechnung am Zahlkartenschalter die Abfertigung zu sehr aufhalten würde. An der viertägigen Gültigkeit der Fahrkarten ändert sich auch bei Einführung der Goldmark nichts. Eine Rücknahme der Fahrkarten am Schalter ist nur am Lösungstage zugelassen. Fahrgehalt, Gepäck, Fracht usw. werden zum Goldkurse am Tage der Zahlungsanweisung erstattet. Eine Frachttundung findet nur noch auf Goldmarkbasis statt. Der zehnprozentige Zuschlag bei Ueberweisungsfrachten fällt mit der Einführung des Goldumrechnungstariifs weg.

Bericht der Stuttgarter Börse.

(S.C.B.) Stuttgart, 29. Okt. Die Börse eröffnete zu Beginn der Woche bei gleichem Dollarstand wie am letzten Samstag sehr un-

einheitlich. Es machte sich eine große Unsicherheit geltend, die mit der Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse zusammenhängt. Von Banken gewannen Württ. Hypotheken 35 000 (60 000), Notenbank 80 000 (250 000), während Vereinsbank 40 000 (60 000) verlor. Brauereien waren gut behauptet: Ravensburg + 30 000 (70 000), Ehlingen + 50 000 (200 000), Kettenmeyer + 50 000 (200 000), Wulle + 15 000 (120 000). Textilwerte uneinheitlich: Erlangen - 200 (300 000), Vietingheim + 200 000 (700 000), Ruchen + 50 000 (350 000), Ehlingen + 250 000 (750 000), Württ. Rattun + 500 000 (800 000), Blaubeuren + 200 000 (300 000). Maschinen- und Metallwerte nachgehend: Daimler - 50 000 (550 000), Tuttlingen - 150 000 (550 000), Magirus - 12 000 (68 000), Ehlingen + 20 000 (130 000), Weingarten + 50 000 (400 000), Neckarfulm - 10 000 (90 000), Württ. Metall + 50 000 (550 000). Sonstige Werte ebenfalls uneinheitlich: Bad-Ämmlin - 50 000 (600 000), Cement Heidelberg + 50 000 (270 000), Besigheim Del - 300 000 (400 000), Kaiser Otto - 20 000 (110 000), Knorr - 15 000 (100 000), Leibbrand + 10 000 (45 000), Kraft Altwürttemberg + 200 000 (350 000), Salz Heilbronn + 0,5 Milliarden (1,5 Milliarden), Stuttg. Bäder - 50 000 (200 000), Stuttg. Zucker - 19 000 (160 000), Südb. Holz + 100 000 (350 000), Verein. Filz + 200 000 (800 000), Württ. Transport + 15 Milliarden (40 Milliarden). Im Freiverkehr zeigte sich etwas mehr Widerstandskraft, doch war die Stimmung ziemlich lustlos.

Landesproduktbörse.

(S.C.B.) Stuttgart, 29. Okt. Entsprechend den Devisennotierungen sind auch auf dem Getreidemarkt letzter Tage keine wesentlichen Veränderungen zu verzeichnen. Die Stimmung blieb fest. Die Kaufkraft ist schwach, weil in der Hauptsache die ungeheuren Geldmittel feststehen. Es notierten je 100 Klg. in Millionen Mark: Weizen 300-320 (am 25. Okt. 230-250), Sommergerste 230-250 (200-220), Roggen 280-300 (220-230), Hafer 190-210 (160-180), Weizenmehl 500-550 (500-540), Brotmehl 440-480 (450-480), Kleie 70-80 (unv.), Wiesenhheu 45-55 (35-45), Kleeheu 55-65 (45-55), drahtgepreßtes Stroh 45-55 (35-45).

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seltmann, Calw. Druck und Verlag der U. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Banksache!

Aufbewahren! Ausschneiden!
Nachdem in Uebereinstimmung mit der Reichsbank und des Postschekamtes die Vereinigung der Württ. Banken und Bankiers zum Zweck der Erleichterung des Bankverkehrs neue Bestimmungen festgesetzt haben, sind auch wir gezwungen, dieselben auf uns zu übernehmen.
1. Millionen-Mark: ab 1. Nov. wird die M-Mark (Millionen Mark) buchungs- und korrespondenzmäßig eingeführt. Ein Betrag von beispielsweise 61.657.560 000.000 — wird in Zukunft demzufolge 61.657.560 M-Mark geschrieben werden. Um Unstimmigkeiten und Verwirrungen zu vermeiden, bitten wir auf Checks, Wechseln, Quittungen und Dokumenten eine Aenderung in der wörtlichen Wiederholung der Beträge gegen früher nicht eintreten zu lassen, so daß in obigem Beispiel die Wiederholung in Buchstaben mit „Einundsechzig Billionen Sechshundertsechtmundfünfzig Milliarden Fünfhundertsechzig Millionen Mark“ geschrieben werden muß. Aufgaben, welche noch in der bisherigen Schreibweise erteilt sind, werden als in ungekürzter Mark ausgegeben ausgeführt. Die Bestätigung erfolgt selbstverständlich in M-Mark umgewandelt.
Alle sich aus der Nichtanwendung der neuen Schreibweise ergebenden Nachteile gehen zu Lasten des Auftraggebers.
Es wird deshalb dringend gebeten, von genanntem Zeitpunkt ab sich nur der M-Mark zu bedienen.
2. Zinslose Mindestguthaben. Aus Anlaß der inzwischen stark fortgeschrittenen Geldentwertung werden ab 1. November 1923 Guthaben unter 10 000 M.M. (10 Milliarden Mark) nicht mehr verzinst.
3. Zum Zweck der Erleichterung des Bankverkehrs werden ab 1. November 1923 Bareinzahlungen nicht mehr angenommen, Barabhebungen, Zahlungs- und Ueberweisungsaufträge, Zurverfügungstellungen und dergleichen nicht mehr ausgeführt und Scheckentnahmen nicht mehr honoriert, sofern der Einzahlungsbetrag nicht mindestens 5000 M.M. (fünf Milliarden Mark) ausmacht. Unterwegs befindliche Aufträge dieser Art werden nach Möglichkeit noch erledigt.
4. Die Zinsätze für Guthaben und Schulden können jederzeit an unseren Schaltern erfragt werden.
5. Banknoten unter 1 Million werden nicht mehr angenommen.
Calw, den 29. Oktober 1923.

Spar- und Vorschußbank Calw.

Wem an der Erhaltung eines von keiner Partei- oder Interessenten-Gruppe beeinflussten Lokalblattes gelegen ist, der unterstütze in seinem Teile unser Blatt. Unterstützen kann uns heute jeder durch Wort und Tat.
Wer unser Blatt bereits liest, der Sorge dafür, daß sein Nachbar es hält, wer Kaufabschlüsse tätigt auf Grund von Anzeigen, die in unserem Blatte erschienen sind, der nehme Bezug auf unser Blatt.
Wer etwas zu verkaufen hat, der schreibe es in unserm Blatte aus, gerade die kleine Anzeige macht sich bei einem Kauf oder Verkauf durch größeres Angebot oder größere Nachfrage sicher bezahlt.
Wer keine Anzeigen aufzugeben hat, der kann uns durch anderweitige Aufträge unterstützen. Er kann seinen Bedarf an Druckerarbeiten, wie Briefbogen, Mittelungen, Rechnungen, Postkarten, Briefhüllen bei uns decken. Gerade die Notlage des Zeitungsgewerbes zwingt uns, in unserer Akzidenzdruckerei einen Ausgleich zu suchen. Bedenke jeder, daß die Not der Zeitung deutsche Not ist.

Bersäumen Sie nicht

auf 1. November das **Calwer Tagblatt** zu bestellen. Bestellungen werden jederzeit angenommen, sei es in **Geld- oder Naturalbezug.**

NEUZEITLICHE REKLAME-DRUCKSACHEN

aller Art liefern wir bei billigen Preisen, sorgfältigster Ausführung in denkbar kürzester Frist

A. Oelschläger'sche Buchdruckerei, Calw
Fernsprecher 9 Lederstraße 151.

Zum Austragen unserer Zeitung suchen wir eine geeignete **Person.**
Verlag des „Calwer Tagblatt“.

Klavier- und Harmoniumstimmer kommt nach Calw und Umgegend. Aufträge für denselben wolle man auf der Geschäftsstelle des Blattes oder bei uns selbst niederlegen.
Willy Sattler, Forzhelm,
Gellerstraße 18. Fernsprecher 1210 und 7821.

Zuverlässiges **Mädchen** täglich einige Stunden zur Mithilfe im Haushalt gesucht. Zeitgemäßer Lohn.
Frau Ing. Freuhger, Bischoffstr. 453.

Einen großen, neuen **Zinküber einfachen Liegestuhl Eisstank Kajütenkoffer** zu verkaufen oder gegen **Kartoffeln u. Frucht zu tauschen**
Bischoffstr. 453, 2. Stock.

Bestellungen auf **Linsen u. Zucker** nimmt bis Samstag entgegen
Fr. Pfeiffer, Vorstadt.

Tausche neue Litwka gegen Kartoffel oder Frucht
Altburgerstraße 276.

Vertauscht werden 1 Ztr. Weizen, 5 „ Kartoffel, 10 Sack Zement, 15 „ Schwarzkalk geg. Haber od. Wiesenhheu
Bon wem, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Suche eine noch nicht trüchtige **Milchziege** gegen Kartoffel einzutauschen.
Näheres in der Geschäftsstelle dieses Blattes

Zwiebel empfiehlt sackweise und im Kleinen
Otto Jung.

Brennholz tauscht gegen Möbel Mittschele, Gedingen.

Gebrauchter Herd gut erhalten billig zu verkaufen.
Theodor Siebler, Liebenzell.

Hier! in den Spalten der kleinen Anzeigen findet die praktische Hausfrau gute Gelegenheit überflüssig. Hausgerät zu verkaufen!

Unterreichenbach. Einen fast neuen **Rauchkasten** verkauft od. tauscht gegen Lebensmittel
Preusch, Fläschner.

Nithengstett. **Tausche** eine zirka 12 Zentner schwere junge Kuh geg. trüchtige Kalbin oder Schaffhuh ein.
P. Schrabi.